

## **BUND NATURSCHUTZ FORDERT KONSEQUENZEN DES KLIMASCHUTZABKOMMENS VON PARIS UND LEGT 7-PUNKTE-PROGRAMM FÜR BAYERN VOR**

**Der BUND Naturschutz vermisst nach dem Klimaschutzabkommen von Paris eine ehrliche Diskussion über die Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik in Bayern. Die Folgen des Klimawandels gefährden nicht nur die Gesundheits- und Lebensqualität in Bayern sondern seien auch ein Grund für zunehmende Flucht und Migration aus den ärmeren Ländern des Südens. Mit einem 7-Punkte Plan fordert der BUND Naturschutz von Staatsregierung und Landtagsmehrheit einen Neustart der Klimaschutzpolitik im Freistaat.**

Die Warnungen der Wissenschaftler des *International Panel of Climate Change* sind klar: Die Situation ist ernst, der Klimawandel bringt die Grundlagen unseres menschlichen Lebens und Wirtschaftens auf dieser Erde in große Gefahr. Auch im „Klima-Report Bayern 2015“ der bayerischen Staatsregierung warnt Umweltministerin Ulrike Scharf eindringlich vor den Folgen der Klimaveränderung: Es drohen Gesundheitsgefährdung durch Hitzewellen, Wetterextreme mit Dürre und Starkniederschlägen, Rückgang von Tier- und Pflanzenarten oder Ernteeinbußen in der Landwirtschaft.

Der BUND Naturschutz und weitere Akteure der Zivilgesellschaft haben erreicht, dass die Gefahren der Klimaveränderung nicht mehr geleugnet und die Ziele zur Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen akzeptiert werden. Der Anstieg der mittleren globalen Temperatur auf kleiner 2 Grad Celsius, besser kleiner 1,5 Grad Celsius wird mit dem Klimaabkommen von Paris international anerkannt.

Doch die bayerische Staatsregierung und die Mehrheit der Abgeordneten im Landtag scheuen sich vor den notwendigen Konsequenzen. Von einer Änderung der Politik in den Bereichen Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Raumplanung ist man bislang weit entfernt.

### **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016

Kernforderung ist die dezentrale Bürgerenergiewende mit Energiesparen, Energieeffizienz und 100 Prozent Erneuerbare Energien, in den Sektoren Wärme, Strom und Verkehr sowie der Land- und Forstwirtschaft mit ökologischen Leitplanken und Rücksicht auf Natur und Landschaft.

## 1. **Atomenergie ist keine Alternative zum Klimaschutz**

Der BUND Naturschutz fordert von der bayerischen Staatsregierung, sich für den sofortigen Atomausstieg in Bayern und Deutschland einzusetzen. Der BUND Naturschutz fordert, sich für den baldigen Atomausstieg und ein Ende der Subventionierung der Atomenergie in den Staaten der EU einzusetzen.

## 2. **Ehrliche Diskussion der Folgen des Klimawandels**

Der Versuch, den Menschen-gemachten Klimawandel auf unter 2 Grad Celsius eines mittleren globalen Temperaturanstiegs zu begrenzen, entsteht aus der Hoffnung der Wissenschaft, dass die Änderungen unserer Lebensbedingungen bis dorthin gravierend, aber doch abschätzbar erscheinen. Dennoch müssen wir aktuell erkennen, dass Änderungen im Klima bereits heute zu kriegerischen Auseinandersetzung um Ressourcen führen. Menschen sind gezwungen, ihre Heimat in Richtung Mitteleuropa zu verlassen.

## 3. **Klimaschutz durch dezentrale Bürgerenergiewende**

Der einzige nachhaltige Weg zum Klimaschutz ist eine grundlegende Wende in der Energiepolitik und Energiewirtschaft. Der BUND Naturschutz fordert einen dezentralen Umbau der Energiewirtschaft und die Unterstützung der Bürgerenergiewende.

## 4. **Klimaschutz erfordert klare Verantwortungen und Strukturen**

Der BUND Naturschutz fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Strukturen und Verantwortungen für Klimaschutz in Bayern klar zu ordnen. Das Staatsministerium für Wirtschaft fühlt sich zuständig für Versorgungssicherheit und Kosten. Die Kompetenzen des Staatsministeriums für Umwelt sind

### **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016

beschränkt auf Klimafolgen-Anpassungen. Klimaschutz findet in Bayern keine staatliche Verantwortlichkeit. Die Bürgerenergiegewende erhält keinen Aktionsraum und findet keinen Mentor in der Staatsregierung.

## 5. **Klimaschutz erfordert Senken der Kohlendioxid-Emissionen**

Für das Klimaschutzziel „weniger als 2 Grad globale Erwärmung“ hatte die EU bereits vorbildlich ein Ziel formuliert. Die EU will ihren Kohlendioxid-Ausstoß von 1990 bis 2050, also in 60 Jahren, um 80 bis 95 Prozent senken. Im Dreisatz bedeutet dies in 30 Jahren mindestens minus 40 Prozent, in 15 Jahren mindestens minus 20 Prozent oder in 10 Jahren mindestens minus 13 Prozent. Der BUND Naturschutz fordert bis 2050 minus 95 Prozent.

## 6. **Klimaschutz erfordert energisches Energiesparen**

Der BUND Naturschutz fordert für Bayern das Ziel 100 Prozent energetische Sanierung im Bestand der Wohn- und Geschäftsgebäude bis 2050. Der BUND Naturschutz fordert von der bayerischen Staatsregierung, ein Konzept Initialberatung flächendeckend in Bayern in allen Landkreisen umzusetzen. Als eine Erstberatung Energiesparen für private Hausbesitzer, vor Ort, am Objekt, vorgewerblich, unabhängig und kommunal getragen. Umgesetzt von gemeinnützigen Körperschaften, co-finanziert durch den Freistaat Bayern.

## 7. **Klimaschutz erfordert eine Wende in der Verkehrspolitik**

Der BUND Naturschutz fordert eine drastische Kürzung der bayerischen Vorschlagsliste für Neu- und Ausbau von Straßen im neuen Bundesverkehrswegeplan. Der BUND Naturschutz fordert 700 Millionen Euro aus dem Straßenbau, umzuwidmen in bayerische Anreizprogramme zur energetischen Sanierung von Altbauten.

Für Rückfragen:

**Richard Mergner**, Landesbeauftragter, mobil: 0171-6394370

**Dr. Herbert Barthel**, Referat Energie und Klimaschutz  
mobil: 0151-5048 9963

## **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016

## Anlage:

### **7 Forderungen des BUND Naturschutz an die Bayerische Staatsregierung und den Bayerischen Landtag. Details:**

#### **1. Atomenergie ist keine Alternative zum Klimaschutz**

Der BUND Naturschutz fordert von der bayerischen Staatsregierung, sich für den sofortigen Atomausstieg in Bayern und Deutschland einzusetzen. Der BUND Naturschutz fordert, sich für den baldigen Atomausstieg und ein Ende der Subventionierung der Atomenergie in den Staaten der EU einzusetzen.

Atomtechnologie und Stromproduktion aus Atomenergie ist keine Alternative zum Klimaschutz. Der BUND Naturschutz fordert den Atomausstieg sofort. Die noch laufenden Atomreaktoren in Gundremmingen und Isar in Bayern müssen bis spätestens 2017 abgeschaltet werden. Der Bayerische Staat darf Unternehmen bei der Herstellung oder Verkauf von Anlagen oder Anlagenteilen für Atomkraftwerke im Ausland nicht unterstützen. Der Bayerische Staat sollte sich für eine Beendigung der Forschung Atomtechnologie einsetzen, in Deutschland und in Europa. Der Bayerische Staat muss Infrastrukturmaßnahmen oder Marktaktivitäten zum Handel von Atomstrom öffentlich kritisieren und ablehnen.

#### **2. Ehrliche Diskussion der Folgen des Klimawandels**

Der Versuch, den Menschen-gemachten Klimawandel auf unter 2 Grad Celsius eines mittleren globalen Temperaturanstiegs zu begrenzen, entsteht aus der Hoffnung der Wissenschaft, dass die Änderungen unserer Lebensbedingungen bis dorthin gravierend, aber doch abschätzbar erscheinen. Dennoch, müssen wir aktuell erkennen, dass Änderungen im Klima bereits heute zu kriegerischen Auseinandersetzungen um Ressourcen führen. Menschen sind gezwungen, ihre Heimat in Richtung Mitteleuropa zu verlassen.

Der Kampf zur Dämpfung des von uns Menschen verursachten Klimawandels ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung in Bayern. Die potentiellen Folgen, in Bayern, in Deutschland, in der EU,

#### **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016

aber auch global, müssen von der Bayerischen Staatsregierung in der Öffentlichkeit dargestellt werden, auch in ihren potentiellen negativen Auswirkungen. Klimawandel ist bereits heute eine der grundlegenden Hauptursachen für Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika. Klimawandel bedroht bereits heute und in naher Zukunft den Zugang zur Ressource Wasser, führt zur Häufung von Missernten, damit gesellschaftlichen Konflikten, auch kriegerischen Konflikten. Menschen um den Mittelmeerraum verlieren ihre Lebensgrundlagen durch Kriegszerstörungen – und suchen Schutz bei uns. Zu Recht. Seit 2 Generationen blasen wir große Mengen an Kohlendioxid für Strom, aus Treibstoffen und aus Heizungen in die Atmosphäre. Der BUND Naturschutz fordert von der Bayerischen Staatsregierung mit gutem Beispiel voranzugehen.

### 3. **Klimaschutz durch dezentrale Bürgerenergie**

Der einzige nachhaltige Weg zum Klimaschutz ist eine grundlegende Wende in der Energiepolitik und Energiewirtschaft. Der BUND Naturschutz fordert einen dezentralen Umbau der Energiewirtschaft und die Unterstützung der Bürgerenergie.

Der BUND Naturschutz fordert eine nachhaltige Umsetzung der Energiewende. Nachhaltigkeit umfasst ökologische, ökonomische und soziale Belange. Soziale Belange erfordern Gerechtigkeit, Demokratie, Teilhabe und Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen. Ökonomische Belange erfordern lokale und regionale Wertschöpfung durch Produktion und Vermarktung erneuerbarer Energien vor Ort. Die Umsetzung des Ziels 100 Prozent erneuerbare Energien erfordert eine Energiewirtschaft und ein Energiemanagement, das die Dezentralität der erneuerbaren Energien unterstützt, und nicht behindert. Ökologische Belange erfordern eine fundierte Fachplanung und Abstimmung auf kommunaler und regionaler Ebene. Der BUND Naturschutz fordert, dass Klimaschutz durch dezentrale Bürgerenergie als Kernaufgabe der bayerischen Staatsregierung festgelegt wird.

#### **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 0911/81 87 8-0  
Fax 0911/86 95 68  
lfg@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016

#### 4. Klimaschutz erfordert klare Verantwortungen und Strukturen

Der BUND Naturschutz fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Strukturen und Verantwortungen für Klimaschutz in Bayern klar zu ordnen. Das Staatsministerium für Wirtschaft fühlt sich zuständig für Versorgungssicherheit und Kosten. Die Kompetenzen des Staatsministeriums für Umwelt sind beschränkt auf Klimafolgen-Anpassungen. Klimaschutz findet in Bayern keine staatliche Verantwortlichkeit. Die Bürgerenergiegewende erhält keinen Aktionsraum und findet keinen Mentor in der Staatsregierung.

Die dezentrale Bürgerenergiegewende für den Klimaschutz findet in Bayern keine strukturelle Zuordnung und Verantwortung in der Staatsregierung.

Der Klimareport Bayern 2015 des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz stellt vor: Der Klimawandel kommt. Wir passen uns an. Diskutiert wird der Bau neuer Dämme für bayerische Flüsse. Der BUND Naturschutz stellt die Frage – welche Flüsse in Bayern werden wir bei einem globalen Temperaturanstieg von 3 oder 4 Grad Celsius haben? Keine, oder tropische? Im Klimareport 2015 wird diskutiert welche Getreidesorten in Bayern wachsen würden oder welche Bäume am wirtschaftlichsten wären. Aber wissen wir, welche Landwirtschaft wir in Bayern haben würden, wenn der Raum um das Mittelmeer austrocknet wegen Wassermangel und Hunderte Millionen von Menschen in Bayern Schutz suchen müssen – weil es bei uns vielleicht noch regnet?

Im Energieprogramm Bayern 2015 des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Energie werden Versorgungssicherheit und Kostensenkung als Ziele formuliert. Der Klimaschutz bleibt in Bayern auf der Strecke. Eine strukturelle Verantwortung für den Klimaschutz und dessen Umsetzung mit der dezentralen Bürgerenergiegewende fehlt. Der BUND Naturschutz fordert, dass Klimaschutz durch dezentrale Bürger-Energiegewende eine klare Zuständigkeit und Verantwortung in der bayerischen Staatsregierung erhält.

#### Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 0911/81 87 8-0  
Fax 0911/86 95 68  
lfg@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016



## 5. Klimaschutz erfordert Senken der Kohlendioxid-Emissionen

Für das Klimaschutzziel „weniger als 2 Grad globale Erwärmung“ hatte die EU bereits vorbildlich ein Ziel formuliert. Die EU will ihren Kohlendioxid-Ausstoß von 1990 bis 2050, also in 60 Jahren, um 80 bis 95 Prozent senken. Im Dreisatz bedeutet dies in 30 Jahren mindestens minus 40 Prozent, in 15 Jahren mindestens minus 20 Prozent oder in 10 Jahren mindestens minus 13 Prozent. Der BUND Naturschutz fordert bis 2050 minus 95 Prozent.

Im Energieprogramm Bayern des Staatsministeriums für Wirtschaft wird als eine der wenigen echten Zahlen vorgestellt, dass Bayern seinen Primärenergieverbrauch von 2010 bis 2025 in 15 Jahren um 10 Prozent senken will. Primärenergieverbrauch erzeugt Kohlendioxid. Bayern nimmt sich also nur das halbe Ziel der EU vor. Und dies einen Monat vor der Klimakonferenz COP21 in Paris. Bayern macht sich zum Schlusslicht im internationalen Klimaschutz. Eine Angabe, wie der Rest an 10 Prozent Minderung Kohlendioxid-Ausstoß, zum Beispiel durch Ausbau der Erneuerbaren Energie erreicht würde, fehlt im Energieprogramm Bayern 2015.

Der Zubau Fotovoltaik brach in Bayern von 2010 bis 2013 auf weniger als ein Drittel ein, von 2430 MW neu installierter Fotovoltaik-Leistung in 2010 auf 767 MW in 2013, s.a.

[https://www.energieatlas.bayern.de/thema\\_sonne/photovoltaik/daten.html](https://www.energieatlas.bayern.de/thema_sonne/photovoltaik/daten.html). Verursacht im Wesentlichen durch Änderungen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz in 2009 und 2012, gefordert von der Bayerischen Staatsregierung und umgesetzt von der CSU als Koalitionspartner im Deutschen Bundestag. Dieses Ausbremsen der dezentralen Bürgerenergiebewegung wird durch die Änderungen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz von 2014, und geplant in 2016, weiter verstärkt, vor allem durch die Einführung von Leistungsauktionen zur Zuteilung der Vergütungen.

Ein Neubau von Windrädern für Strom aus Windenergie wird ab Mitte 2016 in Bayern nicht mehr stattfinden. Der Bayerische Landtag hat eine 10 mal der Höhe Abstandsregelung in der Bayerischen Bauordnung im November 2014 verabschiedet und damit festgelegt, dass es keine Flächen mehr gibt für Windenergie in Bayern. Gab es im ersten Quartal

## Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016

2013 über 500 Anträge auf Windenergieanlagen, und im ersten Quartal über 300, so waren dies im ersten Quartal 2015 nur noch ca. 15 Anträge. Ungebremster Klimawandel – Ursache: Bayern. Der BUND Naturschutz fordert, dass die Bayerische Staatsregierung den Ausbau von Fotovoltaik und Windenergie gemeinsam mit einer Flexibilisierung und Ökologisierung der Biomassenutzung und von dezentraler Kraftwärmekopplung wieder aufnimmt und vorantreibt.

## 6. Klimaschutz erfordert energisches Energiesparen

Der BUND Naturschutz fordert für Bayern das Ziel 100 Prozent energetische Sanierung im Bestand der Wohn- und Geschäftsgebäude bis 2050. Der BUND Naturschutz fordert von der bayerischen Staatsregierung, ein Konzept Initialberatung flächendeckend in Bayern in allen Landkreisen umzusetzen. Als eine Erstberatung Energiesparen für private Hausbesitzer, vor Ort, am Objekt, vorgewerblich, unabhängig und kommunal getragen. Umgesetzt von gemeinnützigen Körperschaften, co-finanziert durch den Freistaat Bayern.

Der BUND Naturschutz fordert Maßnahmen in Bayern um den Kohlendioxid-Ausstoß zu reduzieren zur Erreichung des 1,5 Grad Celsius Zieles. Der BUND Naturschutz fordert die Umsetzung dezentralen Bürgerenergiegewende in Bayern, als Vorbild für pro-aktiven Klimaschutz in Deutschland und in Europa. Der BUND Naturschutz fordert Ziele und Maßnahmen zur Reduktion der Energieverbräuche, für Energieeffizienz durch Kraft-Wärme-Kopplung und Einbindung der erneuerbaren Energien Wind und Sonne ins Stromnetz. Das Energieprogramm Bayern 2015 stellt die Kosten der Stromversorgung in den Vordergrund. Folgekosten des Klimawandels bleiben ohne Berücksichtigung. Das Wirtschaftsministerium hat im September ein 10.000 Häuser Programm aufgelegt. Mit interessanten Aspekten zu Energiesparen und Energieeffizienz. Aus Sicht des BUND Naturschutz ist jedoch ein Budget von 30 Millionen Euro für ein 10.000 Häuser-Programm – mit Blick auf ca. 2.000.000 Häusern und 5.000.000 Wohnung in Bayern - deutlich zu wenig. Dies reicht weder für eine Energiewende noch für Klimaschutz in Bayern.

## Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016



Der BUND Naturschutz fordert von der bayerischen Staatsregierung, ein Konzept Initialberatung flächendeckend in Bayern in allen Landkreisen umzusetzen, beispielsweise mit den Erfahrungen der Energieagentur Oberfranken e.V. in Kulmbach oder mit den Erfahrungen des Energiesparchecks 2007 des Kaminkehrerverbandes: Eine Erstberatung Energiesparen für private Hausbesitzer, vor Ort, am Objekt, vorgewerblich, unabhängig und kommunal getragen, durch gemeinnützige Körperschaften, co-finanziert durch den Freistaat Bayern.

Aus den Daten im Landkreis Kulmbach würde man pro Jahr Gesamtkosten von 3 – 4 Millionen Euro für Bayern hochrechnen, bei einem Investitionsvolumen im bayerischen Handwerk von knapp 600 Millionen Euro. Für das 10.000 Häuser-Programm sind im Vergleich pro Jahr ca. 30 Millionen Euro eingeplant, bei einem angereizten Investitionsvolumen von rund 300 Millionen Euro, nach Schätzungen des BUND Naturschutz.

Auch klare Ansagen zu Details fehlen im Energieprogramm 2015. Bayern will und muss neuen Wohnraum für Menschen bauen, die auf der Flucht zu uns kommen und Schutz suchen. Neuer Wohnraum muss aber in jedem Fall zukunftsweisend sein und muss den Klimaschutz dienen durch Energiesparen. Jeglicher Neubau von Wohnraum in Bayern muss sich mindestens an den Vorgaben der Energiesparverordnung orientieren, und diese muss zügig und regelmäßig verbessert werden in ihren Energiespar-Anforderungen.

## **7. Klimaschutz erfordert eine Wende in der Verkehrspolitik**

Der BUND Naturschutz fordert eine drastische Kürzung der bayerischen Vorschlagsliste für Neu- und Ausbau von Straßen im neuen Bundesverkehrswegeplan. Der BUND Naturschutz fordert 700 Millionen Euro aus dem Straßenbau, umzuwidmen in bayerische Anreizprogramme zur energetischen Sanierung von Altbauten.

Überträgt man das EU-Ziel gesetzt, den Kohlendioxid Ausstoß von 1990 bis 2050 um 80 – 95 Prozent senken, auf den Zeitraum von 1990 bis 2012, so wären dies im linearen Dreisatz 29,3 bis 34,8 Prozent.

## **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016

Zuständig für Energie ist im Bund das Wirtschaftsministerium. Die Daten zur Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen erfasst das Umweltministerium in Berlin. Lesenswert sind die Eckpunkte Klimaschutz 2014, s.a.

[http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/klimaschutz\\_2020\\_aktionsprogramm\\_eckpunkte\\_bf.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutz_2020_aktionsprogramm_eckpunkte_bf.pdf). Die Grafik mit Referenz UBA 7.1.2014 zeigt einen Rückgang der Kohlendioxid Emissionen (bzw. Treibhausgas-Äquivalente) in Deutschland von 1990 bis 2012, von 1249 auf 940 Millionen Tonnen, das sind minus 24,7 Prozent. Die Zahlen aufgeschlüsselt auf Sektoren sind Gewerbe-Handel-Dienstleistung minus 48,1 Prozent, Private Haushalte minus 28,2 Prozent, Industrie minus 32,9 Prozent, Energiewirtschaft minus 17,6 Prozent - wobei der Energiewirtschaft die Kohlendioxidlast aus der Stromerzeugung, also auch der Kohlekraftwerke zu gerechnet wird. Der BUND Naturschutz fordert daher, dass Bayern und die bayerische CSU als Koalitionspartner in Berlin sich für die zügige Abschaltung der Kohlekraftwerke einsetzen. Bayern muss sich auch gegen die Planung von Stromübertragungsleitungen einsetzen, die der europaweiten Vermarktung von Kohlenstrom dienen.

Schlusslicht in der Analyse des Umweltministeriums ist der Verkehr mit nur minus 5,6 Prozent Reduktion Kohlendioxidemission. Dies gilt auch für Bayern.

Bayern plant im Jahr 500 bis 1.000 Millionen Euro Investitionen für Straßenbau. Und fordert zusätzlich Hunderte Millionen Euro für den Neubau von Straßen in Bayern für den kommenden Bundesverkehrswegeplan – für mehr Autos, für mehr Verkehr, für mehr Kohlendioxid-Ausstoß. Wer rettet den Klimaschutz vor der Bayerischen Staatsregierung? Der BUND Naturschutz fordert, dass die Vorschlagsliste aus Bayern für den Bundesverkehrswegeplan drastisch gekürzt wird.

Der BUND Naturschutz fordert, dass 700 Millionen Euro aus dem Straßenbau um geleitet werden in Anreizprogramme für Energiesparen. 40 Prozent des bayerischen Energieverbrauchs geht in Wärme, private Haushalte verwenden knapp 80 Prozent ihres Energieverbrauchs für Heizung. Klimaschutz erfordert Energiesparen, Energiesparen erfordert

## Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016

Wärme-gedämmte Wohnungen, und dies erfordert die energetische Sanierung im Bestand, im Altbau. Klimaschutz erfordert, dass auch in Bayern bis zum Jahr 2050 100 Prozent der Wohnungen energetisch saniert sind, das erfordert eine Rate der energetischen Sanierung im Bestand von größer 2,5 Prozent pro Jahr. Dies würde ein Anreizprogramm von ca. 5 Milliarden Euro pro Jahr in Deutschland erfordern oder ca. 700 Millionen Euro im Jahr in Bayern. Der BUND Naturschutz fordert von der Bayerischen Staatsregierung 700 Millionen Euro jährlich aus dem Straßenbau abzuziehen und in Anreizprogramm zur energetischen Sanierung zu verwenden. Und die EU Ziele zu erreichen. Als Vorbild für den globalen Klimaschutz.

Der Kohlendioxid ausstoß aus dem Flugverkehr kommend und gehend zu bayerischen Flugverkehr ist dramatisch. Die Flugbewegungen von und zum Flughafen München tragen bis 10 Prozent zum Gesamtausstoß an Kohlendioxid aus Bayern bei. Der BUND Naturschutz fordert: keine Dritte Startbahn am Großflughafen München. Der BUND Naturschutz fordert: keine Subventionen und Genehmigungen unsinniger Kleinflughäfen bei Coburg in Oberfranken und bei Memmingen im Allgäu.

## **Für Rückfragen:**

Richard Mergner, Landesbeauftragter  
mobil: 0171-6394370

Dr. Herbert Barthel, Referat Energie und Klimaschutz  
mobil: 0151-5048 9963

## **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 0911/81 87 8-0  
Fax 0911/86 95 68  
lfg@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

München, 18. Januar 2016